

Niederschrift über die 11. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen und Bauen am 23.09.2015, 16:00 Uhr, Großer Sitzungssaal, Rathaus, Markt 8, 48653 Coesfeld

Anwesenheitsverzeichnis

		Bemerkung
Vorsitz		
Herr Norbert Frieling	CDU	
stimmberechtigte Mitglieder		
Frau Charlotte Ahrendt-Prinz	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für Walter Böcker
Herr Bernhard Haveresch	CDU	
Herr Wolfgang Kraska	FDP	
Herr André Kretschmer	SPD	
Herr Christoph Micke	CDU	
Herr Hermann-Josef Peters	Pro Coesfeld	
Herr Michael Quiel	CDU	
Herr Dennis Schimmel	FAMILIE	
Herr Josef Schulze Spüntrup	Pro Coesfeld	
Herr Thomas Stallmeyer	SPD	
Herr Gerrit Tranel	CDU	
Verwaltung		
Herr Thomas Backes	I. Beigeordneter	zeitweise
Frau Larissa Bomkamp	FB 60	TOP bis TOP 3
Herr Uwe Dickmanns	FBL 70	
Herr Dr. Thomas Robers	Beigeordneter	bis TOP 5
Herr Ludger Schmitz	FBL 60	
Frau Eike Schwering	FB 60	

Schriftführung: Frau Eike Schwering

Als Gäste: Dipl.-Ing. Matthias Franke + Dipl.-Ing. Christian Obermüller, SWuP, Berlin zu TOP 2 und 3

Herr Vorsitzender Norbert Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 20:00 Uhr.

Sitzungsunterbrechung von 17.20 Uhr bis 17.30 Uhr zu TOP 2.

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Bürgerantrag nach § 24 GO NRW an den Rat der Stadt Coesfeld und Fachausschüsse zur "Urbanen Berkelplanung"
Vorlage: 198/2015
- 3 UrbaneBerkel: Ausstattungselemente (Beleuchtung, Sitzstufen, Spielbereich)
Vorlage: 199/2015
- 4 Antrag SPD-Fraktion: Bebauungsplanverfahren für BV Kita Gerlever Weg
Vorlage: 193/2015
- 5 Anregung gem. § 24 GO NRW auf Durchführung eines Änderungsverfahrens des Bebauungsplan Nr: 12 Druffels Feld
Vorlage: 195/2015
- 6 Bebauungsplan Nr. 136 "Wohngebiet östlich Baakenesch"
Vorlage: 186/2015
- 7 Bebauungsplan Nr. 135 "Bahnareal Rekener Straße"
Vorlage: 190/2015
- 8 Coesfeld auf dem Weg zur Klimakommune
Vorlage: 197/2015
- 9 Antrag der Fraktion Pro Coesfeld e.V. auf Prüfung der Verkehrssituation De-Bilt-Allee:
Bericht über die Prüfungsergebnisse
Vorlage: 196/2015
- 10 Realisierungsstand der Maßnahmen zum III. Quartal 2015
Vorlage: 192/2015
- 11 Anfragen

Nicht öffentliche Sitzung

- 1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
- 2 Anfragen

Erledigung der Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden und Bericht der Verwaltung
-------	---

Herr Schmitz gibt eine Zwischeninformation zum Stand der Verhandlungen mit dem Zweckverband zu den Preisstufen der Deutschen Bahn. Eine abschließende Entscheidung werde am 07.12.2015 getroffen.

Zur Anfrage des Ausschussmitgliedes Micke zum Wegfall der Tempo-30-Regelung auf der Kleinen Viehstraße teilt Herr Schmitz mit, dass eine Überprüfung im Zusammenhang mit der Teilmaßnahme Kreuzungsbereich Bernhard-von-Galen-Straße/Münster-Straße im Rahmen der Urbanen Berkel erfolgen werde. Er bitte insofern um Geduld.

Herr Dickmanns teilt mit, dass im Bereich der alten Bundesstraße (Daruper Straße) noch Holzreste vorhanden seien. Diese Reste müssten entfernt werden. Die Anlieger hätten sich gegen eine neue Straßenbeleuchtung ausgesprochen.

Herr Dickmanns informiert, dass die im Schlosspark direkt an der Schule vorhandene Esche nicht mehr standsicher sei. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sei der Bereich abgesperrt worden. Die Fällung sei bis nach der heutigen Sitzung verschoben worden. Der Baum werde am 05.10.2015 entfernt.

TOP 2	Bürgerantrag nach § 24 GO NRW an den Rat der Stadt Coesfeld und Fachausschüsse zur "Urbanen Berkelplanung" Vorlage: 198/2015
-------	---

Herr Schmitz führt aus, dass inzwischen 71 gleichlautende Bürgeranträge und 9 davon abweichende Eingaben mit ergänzenden Belangen eingegangen seien. Haupttenor sei der geplante Umgang mit den Bäumen, zum Teil auch die Gesamtmaßnahme aufgrund der Kosten. Ergänzend zu der umfangreichen Sitzungsvorlage liegen den Ausschussmitgliedern eine nummerierte und alphabetisch sortierte Liste der Einwender mit gleichem und abweichendem Anregungstext vor. Ebenfalls als Tischvorlage liegen Kopien der Einwendungen mit abweichendem Inhalt vor. Weiterhin verweist Herr Schmitz auf den Ratsbeschluss vom 18.12.2014 zum Vorentwurf Urbane Berkel im Rahmen des Dossiers Regionale 2016 „BerkelSTADT Coesfeld“, der Aussagen zum Umgang mit Bäumen in den Planungsabschnitten Wiemannweg, Bernard-von-Galen-Straße sowie Schlosspark und auch zu der Mauer enthalte. Diese Aussagen seien im Rahmen der weiteren Planungen lediglich verfeinert worden.

Anschließend informiert Herr Franke anhand einer Präsentation (**Anlage 1**) über die Empfehlungen des Gestaltungsbeirates vom 21.09.2015 (ein mit dem Vorsitzenden abgestimmter Vorabzug aus dem Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung mit den Empfehlungen liegt den Ausschussmitgliedern ebenfalls als Tischvorlage vor): Es sei nun vorgesehen, im Bereich Bernhard-von-Galen-Straße / Münsterstraße die Anzahl der Bauneupflanzungen zu erhöhen und die südliche Baumreihe aufzunehmen. Es werde eine lichte Baumart in einer lockeren Baumtaktung gewählt. Der Schlossparkbereich werde freigehalten. Zur Schlossparkmauer zeigt Herr Franke noch einmal die Gründe für deren Wegfall und die Änderungen der Rahmenbedingungen des Baumentwicklungskonzeptes

zwischen dem Vorentwurf vom November 2014 und Mai 2015 sowie die Planungsentwicklung nach der Sitzung des Gestaltungsbeirates am 01.06.2015 mit Anpassung des Rundweges an den Baumbestand und Erstellung eines Stufenkonzeptes zur Entwicklung des Baumbestandes auf. Hierzu und aufgrund eines Sturmereignisses fand am 11.08.2015 eine Begehung statt und es erfolgten weitere Untersuchungen, deren Ergebnisse am Berkelaktionstag vorgestellt wurden.

Aufgrund des Gesprächs mit der Initiative „Baumfreunde Coesfeld“ - das Protokoll des Runden Tisches liegt ebenfalls als Tischvorlage vor - und der Sondersitzung des Gestaltungsbeirates am 21.09.2015 könne sich nun eine Planänderung zum Schlosspark ergeben. Durch Änderung der nördlichen Berkelböschung, eine Verschiebung der Westbrücke und Verstärkung der südlichen Berkelböschung könne der Trompetenbaum bei Aufgabe der Eiben und der Tulpenmagnolie erhalten werden. Für die Berkelplanung würden somit vier Bäume entfallen, der Umgang mit weiteren Bäumen ergebe sich aus dem Entwicklungskonzept.

Herr Backes verweist ebenfalls auf den Ratsbeschluss vom 18.12.2014. Zur Bernhard-von-Galen-Straße und zum Wiemannweg gebe es nur Zustimmung oder Ablehnung, für den Schlosspark sei Spielraum vorhanden. Das Gespräch mit der Initiative „Baumfreunde Coesfeld“ sei ein sachlicher und guter Austausch gewesen, die Positionen gingen allerdings weit auseinander. Es sei eine generelle Frage des Umgangs mit Bäumen in der Innenstadt. Die Verwaltung empfehle, an der Entscheidung vom 18.12.2014 festzuhalten, ansonsten erübrige sich eine weitere Planung.

In der ausführlichen Diskussion ist Herr Tranel für die CDU-Fraktion der Auffassung, an den Grundsatzbeschlüssen festzuhalten. Die Innenstadt brauche neue Impulse, man dürfe nicht aus Zufriedenheit in Stillstand verharren. Die Regionale 2016 biete Möglichkeiten zur Förderung, Teilprojekte der NaturBerkel müssten als gesetzliche Aufgabe umgesetzt werden. Seine Fraktion stehe zu dem Projekt „BerkelSTADT“. Es sei intensiv diskutiert worden. Eine Entscheidung über den Verbleib oder den Wegfall der Mauer werde aus subjektiver Empfindung getroffen, weder an der Bernhard-von-Galen-Straße noch im Schlosspark erfolge ein Kahlschlag. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung lasse weitere Detailentscheidungen offen.

Frau Ahrendt-Prinz ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anderer Meinung. Die Planung werde in der Bürgerschaft gänzlich anders gesehen. Die grundsätzlichen Auswirkungen seien nie öffentlich kommuniziert worden. Die Verwaltung habe immer behauptet, dass die Planung Rücksicht auf den Baumbestand nehme. Dies habe ihre Fraktion auch immer wieder gefordert. Der Entwurf entspreche nicht dem vorgestellten Ziel. Erst in der Sitzung am 25.06.2015 seien die Baumentfernungen erstmals deutlich geworden. Die Planung stelle einen radikalen Eingriff in den Grüngürtel dar und habe Auswirkungen auf das Klima in der Stadt. Der Plan gehe völlig an den Vorstellungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorbei und sei nicht annehmbar. Auch seien die finanziellen Auswirkungen dieses Prestigeobjektes insbesondere auch im Hinblick auf andere wichtige Projekte wie Umsetzung des Handlungskonzeptes, Klimaschutz, Inklusion usw. nicht vertretbar. Es sei eine Überweisung an den Rat erforderlich.

Herr Kraska schließt sich für die FDP-Fraktion den Ausführungen von Frau Ahrendt-Prinz an. Die Planung gehe gegen den Willen der Bürgerschaft und laufe der ursprünglichen Intention, die Berkel erlebbar zu machen, zuwider. Am Wiemannweg solle ein Stück Natur-Berkel mit selbst angesiedelten Bäumen und Tieren aufgegeben werden. Es sei auch nur eine Frage der Zeit, bis auch die nördliche Böschungsseite entfernt werde. Er könne die Formulierungen der Begründung nicht nachvollziehen. Er stellt den Antrag, die bisherige Planung zur Gestaltung des Wiemannweges aufzugeben, den naturnahen Zustand zu erhalten und für die Bürger stärker erlebbar zu machen.

Herr Stallmeyer stimmt für die SPD-Fraktion den beschlossenen Teilbausteinen Wiemannweg und Bernhard-von-Galen-Straße zu. Der Schlosspark sei geplante Natur, die man pflegen und entwickeln müsse. Ein entsprechendes Entwicklungskonzept liege vor.

Herr Peters widerspricht für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. den Ausführungen von Frau Ahrendt-Prinz. Für das Projekt sei eine umfassende Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Allerdings könnten 1400 Unterschriften nicht unberücksichtigt bleiben. Es müsse ein Kompromiss gefunden werden. Seine Fraktion beantrage, den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu teilen, zu ergänzen und wie folgt zur Abstimmung zu stellen:

1. Es wird beschlossen, die in Bürgeranträgen gem. § 24 GO vorgetragene Beschwerden und Anregungen bezüglich des Erhalts der Bäume im Schlosspark, in der Bernhard-von-Galen-Straße und am Wiemannweg sowie zum Umgang mit dem Flusslauf am Wiemannweg und dem Umgang mit der Mauer des Schlossparks - wie nachfolgend unter 2 bis 5 beschrieben - zu berücksichtigen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

2. unter Berücksichtigung und ggf. Überarbeitung baumfachlicher Gutachten eine Entwurfsüberarbeitung des Schlossparks mit dem Erhalt der Bäume über den Beschlussstand 25.06.2015 hinaus zu prüfen. Sollten Bäume gefällt werden müssen, ist zumindest ein ökologisch gleichwertiger, aber wünschenswert höherwertiger Ersatz erforderlich. Die Planung ist erneut zur Freigabe vorzulegen.
3. für den Abschnitt Bernhard-von-Galen-Straße im aktuell bestehenden Entwurf Beschlussstand 25.06.2015 die Alternative einer geschlossenen Allee aufzuzeigen, die statt der kunstvoll beschnittenen Bäume mehr neue Baumstandorte im Alleecharakter aufzeigt und baumgutachterlich erhaltenswerte Bäume im Einmündungsbereich Münsterstraße berücksichtigt. Die Planung ist erneut zur Freigabe vorzulegen.
4. für den Abschnitt Wiemannweg den aktuell bestehenden Entwurf Beschlussstand 25.06.2015 weiterzuverfolgen, jedoch mit Überarbeitung des Aufenthaltsbereiches. Die Planung ist erneut zur Freigabe vorzulegen.
5. die Mauer einschließlich der schmiedeeisernen Gitter zu erhalten, um die nach dem 2. Weltkrieg erfolgte Änderung dieses Bereiches mit der Tordurchfahrt auch im Stadtgrundriss ablesbar zu machen.

Nach weiterer Diskussion räumt Frau Ahrendt-Prinz für die Fraktion der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein, dass ihre Fraktion in den vorangegangenen Diskussionen nicht hätte zustimmen dürfen. Allerdings habe man sich immer für den Erhalt der Bäume ausgesprochen.

Herr Stallmeyer verweist für die SPD-Fraktion auf die Historie der Schlossparkmauer. Die jetzige Mauer sei als Geschenk der Kreishandwerkerschaft in den 1980er Jahren errichtet worden. Später sei das Tor heraus genommen worden. Es sei auch angedacht worden, die Gitter zu entfernen, um den Park transparenter zu machen. Dies sei jedoch nicht umgesetzt worden. Er beantragt, dem Planer aufzugeben, den Verlauf der Mauer im Stadtgrundriss zu markieren.

Nach der Sitzungsunterbrechung stimmt der Ausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden zunächst über die modifizierten Anträge der Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. (Beschlussvorschläge 1 bis 4) und über den Antrag von Herrn Stallmeyer für die SPD-Fraktion (Beschlussvorschlag 5) ab. Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus der Beschlussvorlage 198/2015 abgestimmt.

Beschlüsse:

Es wird beschlossen, die Verwaltung zu beauftragen,

1. unter der Berücksichtigung und ggf. Überarbeitung baumfachlicher Gutachten eine Entwurfsüberarbeitung des Schlossparks mit dem Erhalt der Bäume über den Beschlussstand 25.06.2015 hinaus zu prüfen. Sollten Bäume gefällt werden müssen, ist zumindest ein ökologisch gleichwertiger, aber wünschenswert höherwertiger Ersatz erforderlich. Die Planung ist erneut zur Freigabe vorzulegen.
2. für den Abschnitt Bernhard von Galen-Straße im aktuell bestehenden Entwurf Beschlussstand 25.06.2015 die Alternative einer geschlossenen Allee aufzuzeigen, die statt der kunstvoll beschnittenen Bäume mehr neue Baumstandorte im Alleecharakter aufzeigt und baumgutachterlich erhaltenswerte Bäume im Einmündungsbereich Münsterstraße grundsätzlich berücksichtigt. Die Planung ist erneut zur Freigabe vorzulegen.
3. für den Abschnitt Wiemannweg den aktuell bestehenden Entwurf Beschlussstand 25.06.2015 weiterzuerfolgen, jedoch mit Überarbeitung des Aufenthaltsbereichs. Die Planung ist erneut zur Freigabe vorzulegen.
4. die Mauer einschließlich der schmiedeeisernen Gitter zu erhalten, um die nach dem 2. Weltkrieg erfolgte Änderung dieses Bereiches mit der Tordurchfahrt auch im Stadtgrundriss ablesbar zu machen.
5. Es wird beschlossen, die Mauer Schlosspark / Bernhard-von-Galen-Straße zu entfernen und dem Planer aufzugeben, den Verlauf im Stadtgrundriss zu markieren.
6. Es wird beschlossen, den Beschwerden und Anregungen bezüglich des Erhalts der Bäume im Schlosspark, in der Bernhard-von-Galen-Straße und am Wiemannweg sowie zum Umgang mit dem Flusslauf am Wiemannweg und dem Umgang mit der Mauer nicht zu folgen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschluss 1	9	0	3
Beschluss 2	9	0	3
Beschluss 3	9	2	1
Beschluss 4	5	7	0
Beschluss 5	7	2	3
Beschluss 6	7	2	3

TOP 3	UrbaneBerkel: Ausstattungselemente (Beleuchtung, Sitzstufen, Spielbereich) Vorlage: 199/2015
-------	---

Herr Franke stellt dem Ausschuss die Ausstattungselemente vor. Eine Präsentation im Gestaltungsbeirat erfolgte am 21.09.2015. Die Leuchten seien in Zusammenarbeit mit switch-on ausgewählt worden. Entsprechende Musterleuchten (Stelen zur Akzentuierung der Brücken und Torchleuchten) sind im Sitzungssaal ausgestellt. Eine Entscheidung erfolge nach einer besonderen Bemusterung in der dunklen Jahreszeit.

Die Riga-Stele werde in Edelstahl mit einem Lochmuster ausgebildet. Ein Muster wird her-umgereicht. Diese Materialität sei zurückhaltend, jedoch kräftig in der Wirkung.

Der Berkerverlauf könne verändert werden für den Erhalt des Trompetenbaumes. Im Bereich zwischen den Brücken könne eine neue Befestigung errichtet werden, die einen Zugang zum Wasser ermögliche. Für die Bereiche abseits dieses Aufenthaltsbereiches erfolge eine Randsicherung durch naturnahe Röhrichtwalzen. Treppen und Sitzstufen erhielten teilweise Holzauflagen, langgezogene Rasenflächen ermöglichten eine barrierefreie Nutzung.

Den Vorschlägen zur Gestaltung der Spielflächen aus dem Workshop mit Kindern sei der Gestaltungsbeirat nicht gefolgt. Der Beirat empfehle zurückhaltende Elemente mit landschaftlichem Charakter. Der Park selber biete nach Auffassung der Gestaltungsbeiratsmitglieder mit der umgestalteten Berkel und den Wiesen genügend Spielraum, in dem Kinder ihrer Phantasie beim Spielen freien Lauf lassen können.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis. Eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag aus der Sitzungsvorlage erfolgt nicht.

TOP 4	Antrag SPD-Fraktion: Bebauungsplanverfahren für BV Kita Gerlever Weg Vorlage: 193/2015
-------	---

Herr Stallmeyer begründet für die SPD-Fraktion den Antrag, der gestellt wurde, um einen Planungsstopp zu erreichen. Zwar seien in der Sitzung des Fachausschusses JFSS keine Bedenken geäußert worden, aber erst aufgrund seiner Anfrage in der letzten UPB-Sitzung seien die Probleme benannt worden. Die Verwaltung hätte von Beginn an auf die Vorgaben hinsichtlich der Wasserschutzzone hinweisen müssen. Seine Fraktion sei nicht gegen die Errichtung der Kindertagesstätte, jedoch müsse die Entscheidungsfindung transparenter erfolgen und die Politik beteiligt werden. Dies sei im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens nach § 34 BauGB nicht vorgesehen, daher sei ein Bebauungsplanverfahren unerlässlich. Der Maßnahme stehe das Recht der Wassergewinnung gegenüber. Die Umsetzung könne dazu führen, dass das Wasserrecht eingezogen werde. Dies werde die SPD-Fraktion nicht mittragen. Ggf. gäbe es Standortalternativen.

Zu Beginn der ausführlichen Diskussion führt Herr Tranel aus, dass das Vorhaben auch in der CDU-Fraktion intensiv diskutiert worden sei. Ein Bebauungsplanverfahren sei wichtig, damit die Politik Einfluss nehmen könne. Seine Fraktion sei nicht gegen den Standort, es sei aber ein transparentes Verfahren wichtig. Auch seien die Aussagen zur verkehrlichen Erschließung zu formal. Die Zustände morgens seien bereits heute insbesondere aufgrund der Höhenlagen im Kurvenbereich Vogelsang katastrophal und müssten überprüft werden. Der Wasserversorger habe das Vorhaben an dieser Stelle abgelehnt, derzeit erfolge eine Prüfung durch die Untere Wasserbehörde. Diese Prüfung solle abgewartet werden und anschließend ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufgestellt werden.

Herr Dr. Robers zeigt noch einmal die Entscheidungsfindung zugunsten des Trägers und der Standortwahl auf und weist darauf hin, dass auch in einem Baugenehmigungsverfahren alle öffentlich-rechtlichen Belange erfüllt sein müssten. Das wasserrechtliche Verfahren werde durch die Fachbehörde sowohl im Baugenehmigungs- als auch im Bebauungsplanverfahren durchgeführt. Auch wenn der Wasserversorger dem Vorhaben widerspreche gäbe es Befreiungsmöglichkeiten. Die Fläche sei bereits als Gemeinbedarfsfläche im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Es werde eine saubere rechtliche Abwägung durchgeführt. Er ergänzt aus der Sicht der Jugendhilfe, dass zusätzliche Plätze dringender denn je benötigt würden. Ein alternatives Grundstück sei für den östlichen Stadtraum nicht vorhanden.

Im weiteren Verlauf der Diskussion sprechen sich auch Herr Kraska für die FDP-Fraktion und Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. für die Durchführung eines Bebauungsplanverfahrens aus. Herr Peters weist darauf hin, dass der Flächennutzungsplan seit 1976 gelte und auf einem anderen Baurecht basiere. Die Trinkwasserversorgung sei neben der unübersichtlichen Verkehrssituation der wichtigste öffentliche Belang. Alternativstandorte seien ggf. am Baakenesch mit der Nähe zur Marienburg oder auf der Fläche Rahmann gegeben.

Frau Ahrendt-Prinz schließt sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihren Vorrednern an und zeigt wenig Verständnis für die Befreiungen in der Vergangenheit.

Herr Stallmeyer hält für die SPD-Fraktion an dem Vorwurf der mangelnden Informationen an die Politik fest. 1976 habe es ein völlig anderes Umweltbewusstsein gegeben, der Antrag für ein Altenheim auf diesem Grundstück sei vor einigen Jahren abgelehnt worden. Wasserrecht werde heute wesentlich kritischer gesehen.

Herr Tranel weist für die CDU-Fraktion darauf hin, dass auch der Wasserversorger Experten zu Rate gezogen habe. Im Abwägungsprozess seien mögliche Alternativstandorte und das öffentliche Interesse zu beachten.

Herr Peters bemerkt für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. darauf hin, dass in der Diskussion Alternativstandorte aufgezeigt worden seien. Die Verwaltung solle entsprechend tätig werden oder ein Bebauungsplanverfahren durchführen.

Hierzu verweist der Ausschussvorsitzende auf die Beschlusslage des Ausschusses für Jugend, Familie, Senioren und Soziales.

Herr Dr. Robers weist darauf hin, dass der Bedarf im Osten bzw. Nordosten des Stadtgebietes vorhanden sei. Die vorgeschlagenen Alternativstandorte seien nicht bedarfsgerecht. Im Einzugsbereich sei keine Alternative vorhanden, die Fläche Rahmann befinde sich zu weit außerhalb. Das fachliche Votum der Fachausschüsse für den Standort Gerlever Weg liege vor. Der Partner brauche eine klare Information.

Herr Schmitz erklärt, dass im Vorfeld einer Bebauungsplanaufstellung eine spätere Umsetzung eines Bauvorhabens gesichert sein müsse. Konkret für dieses Projekt sei daher der Umgang mit der Wasserschutzzone vor dem Aufstellungsbeschluss zu prüfen.

Nach weiterer Diskussion schlägt Herr Tranel für die CDU-Fraktion vor, den Fachausschuss über die Probleme zu informieren, die wasserrechtliche Prüfung abzuwarten und anschließend ein Bebauungsplanverfahren durchzuführen, in dem auch die verkehrliche Situation geprüft werde. Es sollten Alternativstandorte und ggf. auch ein alternatives Konzept aufgezeigt werden. So bekomme man ein transparentes Verfahren, um die Entscheidung neu zu treffen.

Herr Stallmeyer kann den Vorschlag mittragen. Er betont noch einmal, dass das Grundstück Gerlever Weg/Vogelsang für die SPD-Fraktion nicht in Frage komme. Eine Alternative könne das Grundstück östlich des Klosters Annenthal darstellen.

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. mit dem Vorschlag einverstanden, die wasserrechtliche Prüfung abzuwarten. Allerdings sei ein Bebauungsplanverfahren erforderlich.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden werden nach weiterer intensiver Diskussion folgende Beschlüsse gefasst:

Beschlussvorschlag:

1. Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen beschließt, das wasserrechtliche Verfahren abzuwarten. Bis dahin wird eine Entscheidung des Ausschusses über den Antrag der SPD-Fraktion zurückgestellt.
2. Sollte das wasserrechtliche Verfahren positiv abgeschlossen werden, ist die Angelegenheit dem Ausschuss erneut zur Entscheidung vorzulegen, ob ein Bauleitplanverfahren durchzuführen oder ein vorhabenbezogener Bebauungsplan aufzustellen ist.
3. Es wird angeregt, dass sich der Ausschuss für Jugend, Familie, Senioren und Soziales, noch einmal mit der Standortfrage befasst und über Alternativstandorte für eine Kita nachdenkt.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 5	Anregung gem. § 24 GO NRW auf Durchführung eines Änderungsverfahrens des Bebauungsplan Nr: 12 Druffels Feld Vorlage: 195/2015
-------	--

In der Diskussion weist Herr Stallmeyer für die SPD-Fraktion darauf hin, dass nicht nur der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 12 sondern viele Quartiere mit großen Grundstücken betroffen seien. Nachverdichtung sei gewünscht und entsprechende Bauleitplanung in die Prioritätenliste aufzunehmen. Zwar sei die Personalknappheit nach wie vor gegeben, dennoch dürfe die Aufgabe nicht so weit in die Zukunft geschoben werden. Es solle geklärt werden, wie andere Gemeinden eine Regelung finden. Das Ergebnis könnte nach Erörterung in den Fraktionen ggf. in einer Sondersitzung diskutiert und in 2016 endgültig besprochen werden.

Herr Tranel kann für die CDU-Fraktion nur dem Beschlussvorschlag 2 mit dem Zusatz einer Sondersitzung in 2016 folgen. Das Thema müsse allumfassend über die Prioritätenliste angegangen werden. Auch müsse man mit allen Nachbarn ins Gespräch kommen.

Herr Peters spricht sich für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. für den Beschlussvorschlag 1 mit dem Antrag aus, im Haushalt 2016 zusätzliche unbefristete Stellen zu schaffen. Der demografische Wandel in den Fachbereichen 60 und 70 müsse berücksichtigt werden. Es müsse Bauwilligen und insbesondere jungen Familien die Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Vorhaben gegeben werden.

Beschlussvorschlag:

1. Die beantragte Änderung des Bebauungsplans Nr. 12 wird in die Prioritätenliste der zu bearbeitenden Bebauungspläne aufgenommen. Der Ausschuss für Umwelt, Planen, Bauen wird am Ende des Jahres über die Rangfolge der Bearbeitung noch offener Aufstellungs- bzw. Änderungsverfahren für das Jahr 2016 beschließen.
2. Mit dem Verfahrensauftritt ist der gesamte B-Plan Nr. 12 Druffels Feld auf mögliche Anpassungserfordernisse zu prüfen. Dabei sind alle Eigentümer im Gebiet in die Planungszielsetzung über das gesetzlich vorgeschriebene Beteiligungsverfahren hinaus einzubeziehen, separat anzuschreiben und deren Interessenlage abzufragen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	12	0	0

TOP 6 Bebauungsplan Nr. 136 "Wohngebiet östlich Baakenesch"
Vorlage: 186/2015

Herr Peters weist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. darauf hin, dass im weiteren Verfahren die Freistellung zur Allee zu beachten sei und die Verkehrsbelastung im Knotenpunkt Wester Esch / Baakenesch / Borkener Straße geprüft werde.

Beschluss:

Die Verwaltung erhält den Auftrag, den Vorentwurf mit den dargestellten gestalterischen Leitlinien weiter zu bearbeiten.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	9	0	3

TOP 7 Bebauungsplan Nr. 135 "Bahnareal Rekener Straße"
Vorlage: 190/2015

Unter Bezugnahme auf die Anregungen in der Bürgerversammlung bittet Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. im weiteren Verfahren die Barrierefreiheit zum Parkplatz z. B. über eine Rampe in der Böschung zu prüfen. Die Planung bedeute einen sehr langen Umweg für Betroffene.

Es bestehen keine Bedenken, über die Beschlussvorschläge 1 bis 7 en bloc abzustimmen.

Beschlussvorschlag 1:

Es wird beschlossen, die Hinweise der Deutschen Telekom GmbH zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag 2:

Es wird beschlossen, die Hinweise der Deutschen Bahn AG zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag 3:

Es wird beschlossen, die Hinweise der Stadtwerke Coesfeld GmbH insgesamt zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag 4:

Es wird beschlossen, die Hinweise vom Fachbereich 70 (Bauen und Umwelt) zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag 5:

Es wird beschlossen, die Hinweise vom Kreis Coesfeld zur Kenntnis zu nehmen und zu berücksichtigen.

Die Stellungnahme ist der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügt.

Beschlussvorschlag 6:

Der Bebauungsplan Nr. 135 „Bahnareal Rekener Straße“ einschließlich der in den Plan aufgenommenen örtlichen Bauvorschriften nach der Bauordnung Nordrhein-Westfalen wird unter Berücksichtigung der stattgefundenen Abwägung als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. November 2014 (BGBl. IS. 1748),

gemäß § 86 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BauO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.03.2000 (GV.NRW Seite 256) in der zz. gültigen Fassung,

gemäß den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO. NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW Seite 666), in der zz. gültigen Fassung.

Beschlussvorschlag 7:

Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 135 „Bahnareal Rekener Straße“ in der Fassung vom Mai 2015 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
Beschlussvorschläge 1 – 7	12	0	0

TOP 8 Coesfeld auf dem Weg zur Klimakommune
Vorlage: 197/2015

Frau Ahrendt-Prinz begründet den Antrag der Fraktionen und erläutert, warum ein integriertes Klimaschutzkonzept notwendig sei. Die Gemeinde Nottuln erarbeite ein solches Konzept unter Beteiligung der Bürger. Zwar habe auch die Stadt Coesfeld bereits einiges getan, es gäbe aber mehr Ansätze. Die in der Vorlage aufgeworfene Personalfrage sollte kein Hinderungsgrund sein. Es sollte eine entsprechende Stelle geschaffen werden, die Herausforderung müsse angenommen werden.

In der Diskussion verweist Herr Peters für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. auf Zuschussmöglichkeiten zur Schaffung einer entsprechenden Stelle. Es müsse begonnen und die verschiedenen Möglichkeiten müssten zusammengeführt werden. Vielleicht könne man Unterstützung durch das Ökoinstitut erhalten.

Herr Tranel ist für die CDU-Fraktion der Meinung, dass in Coesfeld bereits umfassende Maßnahmen umgesetzt worden seien und verweist auf den Energiebericht. Ein Klimaschutzmanager trage die verschiedenen Möglichkeiten zur Aufstellung eines Konzeptes zusammen. Herr Tranel regt an, die Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter, die beim Kreis Coesfeld mit der Erarbeitung eines solchen Konzeptes beauftragt sind, zu einer Sitzung einzuladen und zu hören, was praxisorientiert erreicht werden kann. An den Zielen gäbe es nichts zu rütteln, nur über den Weg sei nachzudenken. Klimaschutz sei nicht mit einem Titel und einem Konzept getan.

Herr Stallmeyer ist für die SPD-Fraktion der Auffassung, dass bereits zu lange nachgedacht werde. Es sei an der Zeit Fakten, zu schaffen.

Nach weiterer Diskussion lässt der Vorsitzende abstimmen.

Beschlussvorschlag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Wählergemeinschaft Aktiv für Coesfeld/FAMILIE und der Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V.:

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt Coesfeld beteiligt sich am European-Energy-Award.
2. Die Stadt Coesfeld entwickelt ein praxisorientiertes integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept und sucht dabei die Zusammenarbeit mit Kommunen im Kreis und der Region.

Abstimmungsergebnis	Ja	Nein	Enthaltungen
	6	6	0

Damit ist der Antrag der Fraktionen abgelehnt.

TOP 9	Antrag der Fraktion Pro Coesfeld e.V. auf Prüfung der Verkehrssituation De-Bilt-Allee: Bericht über die Prüfungsergebnisse Vorlage: 196/2015
-------	---

Herr Peters ist für die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft Pro Coesfeld e. V. enttäuscht über die Ausführungen der Verwaltung in der Sitzungsvorlage. Das Problem werde sich durch die Modellbausiedlung noch verschärfen.

Herr Schmitz betont, dass die zuständigen Mitarbeiter die Situation vor Ort mehrfach beobachtet hätten. Es gäbe Situationen, in denen es eng werde, Handlungsbedarf sei jedoch nicht gegeben.

TOP 10	Realisierungsstand der Maßnahmen zum III. Quartal 2015 Vorlage: 192/2015
--------	---

Der Bericht wird ohne Wortmeldung zur Kenntnis genommen.

TOP 11	Anfragen
--------	----------

Herr Stallmeyer verweist auf das vermehrte Aufstellen von Werbe- und Verkaufsständen sowie Warenauslagen in der Innenstadt. Insbesondere die Auslagen vor der Woolworth könnten nicht mit der Satzung übereinstimmen. Hier bestehe ein erhebliches Missverhältnis, das auch nicht im Sinne des Stadtmarketingvereins sein könne.

Die Verwaltung wird die Angelegenheit prüfen und in der Niederschrift berichten.

Antwort der Verwaltung:

Verkaufsstände bzw. Warenauslagen vor der Woolworth werden überwiegend auf eigener Grundstücksfläche aufgestellt. Die Fläche im öffentlichen Verkehrsraum beträgt 17 m². Für diese Fläche wird die Sondernutzungsgebühr lt. Satzung abgerechnet.

Die Gestaltungssatzung enthält für Verkaufsstände und Warenauslagen keine Regelungen.

Herr Stallmeyer weist darauf hin, dass an dem von der Stadt gekauften ehemaligen „Haus Klinke“ noch keine Bautätigkeit festgestellt werden kann.

Herr Dickmanns teilt mit, dass zurzeit die notwendigen Brandschutzmaßnahmen geprüft und anschließend der Bauantrag gestellt werde. Es sei ein externer Architekt eingeschaltet. Die Umbauten am ebenfalls erworbenen Gebäude Rendelesweg seien fertig, die Maßnahme Kreisjugendsportheim werde derzeit durchgeführt. Er gehe davon aus, dass der Umbau Haus Klinke Anfang bis Mitte Februar umgesetzt sei.

Herr Tranel erkundigt sich nach den Problemen mit den Brandschutzmaßnahmen am Altgebäude der Kreuzschule.

Herr Dickmanns teilt mit, dass eine Planung vorliege, allerdings könne der 2. Rettungsweg nicht nachgewiesen werden. Eine energetische Sanierung solle zum Haushalt 2016 angemeldet werden, ausgeleierte Fenster würden festgesetzt. Zum Lüften seien Oberlichter vorhanden. Es müsse über eine Generalsanierung entschieden werden.

Herr Peters fragt, ob bereits Flüchtlinge in der Sporthalle des Schulzentrums untergebracht seien.

Herr Dickmanns berichtet, dass am vergangenen Freitag 200 statt der angekündigten 150 Personen ankommen sollten. Angekommen seien am gestrigen Dienstagmorgen um 7.00 Uhr 90 Personen. Nach gewissen Anlaufschwierigkeiten seien keine Probleme festzustellen.

Frau Ahrendt-Prinz fragt, warum die Unterbringung von Flüchtlingen im Haus Klinker so schleppend verlaufe. Die Bezirksregierung habe am Leisweg die Unterbringung in kürzester Zeit möglich gemacht.

Herr Dickmanns teilt mit, dass im Haus Klinker keine Erstaufnahmeunterkunft eingerichtet werde, sondern dort die Personen dauerhaft wohnen werden. Bei Erstaufnahmeeinrichtungen sei ein anderer Standard vorgegeben.

Herr Kretschmer fragt nach der Umnutzung des ehemaligen Postareals. Es sei kein nennbarer Fortschritt in der Umsetzung der Baumaßnahme zu erkennen.

Herr Schmitz teilt mit, dass Herr Öhmann und Herr Backes mit dem Investor gesprochen hätten. Die Maßnahme „sei im Fluss“.

Norbert Frieling
Vorsitzender

Eike Schwering
Schriftführerin